

taz panterstiftung

Ohne Pressefreiheit keine Freiheit. Unser Dank gilt allen Journalist*innen weltweit, die trotz Repressionen versuchen, frei und unabhängig zu berichten



In der Slowakei unternimmt die Regierung von Robert Fico ähnliche Schritte wie Viktor Orbán in Ungarn. Fico versucht, Kontrolle über die öffentlichen Medien zu erlangen. Abgeordnete seiner Koalition bevorzugen verschwörerische und prorussische Medien für Interviews. **Rangliste der Pressefreiheit: Platz 29**
Illustration: Lucia Žatkuliaková

Wahrheit, Macht und Wahnsinn

Journalismus in den Zeiten von Kriegen, Krisen und Exil

Das erste Opfer im Krieg ist bekanntlich die Wahrheit. Zu den weiteren Opfern zählen immer wieder Journalisten, die über die Wahrheiten und den Wahnsinn der Kriege und der dahinter stehenden Mächte informieren. Medienschaffende sterben dabei nicht nur, weil sie an der Front in die Schusslinie geraten, sondern werden auch gezielt getötet: Ihre Berichte sollen verhindert werden oder ihr Tod andere abschrecken, über den Wahnsinn zu berichten

Derzeit sterben in den Palästinensischen Gebieten weltweit die meisten Journalisten und Reporter. Im Krieg der israelischen Streitkräfte gegen die terroristische Hamas im Gazastreifen wurden mehr als 100 Medienschaffende getötet, darunter mindestens 22 bei Ausübung ihrer Arbeit. „Seit Beginn des Krieges versucht Israel, eine unabhängige Berichterstattung aus Gaza zu unterdrücken. Und im Westjordanland haben die israelischen Behörden seit dem 7. Oktober über 30 Medienschaffende inhaftieren lassen“, erklärt Reporter ohne Grenzen jetzt zum Tag der Pressefreiheit.

Umgekehrt riskieren israelische und andere Medienschaffende, womöglich von der Hamas als Geiseln instrumentalisiert zu werden, um Aufmerksamkeit zu bekommen, als menschliche Schutzschilde oder um gegen gefangene Palästinenser ausgetauscht zu werden.

Die Kriege um Gaza und die Ukraine binden viele journalistische Aufmerksamkeit und drängen andere wichtige Themen, Kriege und Krisen aus den Medien. Einige dieser inzwischen blinden Flecken wollen wir hier neben Facetten der Kriegsberichterstattung näher beleuchten. Dafür haben wir Grafiker unterschiedlicher europäischer Staaten der Plattform Drawing the Times um Illustrationen gebeten.

Unabhängige und verifizierte Informationen sind in diesem globalen Superwahljahr, in dem mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung zu Wahlen aufgerufen ist, wichtiger denn je. Damit Journalisten mit ihren Informationen zur Meinungsbildung beitragen können, müssen sie professionelle Standards erfüllen, sich aber auch selbst auf gesetzlichen wie realen Schutz verlassen können. Dass dies oft nicht der Fall ist, zeigen uns hier Autoren und Autorinnen aus dem Netzwerk der taz Panter Stiftung, würdigen aber auch positive Initiativen.

Sven Hansen

Krieg gegen Medienfreiheit

Kriegführenden Staaten geht es nicht um freien Journalismus, sondern um Propaganda. In Kriegszeiten blüht auch in Demokratien die Doppelmoral, doch müssen sie sich daran messen lassen, ob sie die Medienfreiheit schützen

Von **Michael Sontheimer**

Im April beschloss Israels Parlament mit 70 gegen 10 Stimmen ein Gesetz, mit dem sich der katarische Sender Al Jazeera verbieten lässt. Der Kommunikationsminister kann nun mit Genehmigung von Premierminister Benjamin Netanjahu ausländischen Sendern, die „die nationale Sicherheit gefährden“, die Verbreitung blockieren lassen. „Der terroristische Sender Al Jazeera wird nicht länger aus Israel senden“, sagte Netanjahu.

Die Hamas ist ihrerseits dafür berüchtigt, dass sie Journalisten, die der palästinensischen Autonomiebehörde nahestehen oder kritisch über die Islamisten berichten, unter Druck setzt und verfolgt. Um die Medienfreiheit in den illegal besetzten palästinensischen Gebieten ist es noch schlechter bestellt als in Israel.

Ende Januar 2024 entdeckte die ukrainische Journalistin Iryna Hryb an ihrem Auto in Odessa ein Gerät zum Orten und Abhören ihres Wagens. Sie hatte über Korruption beim Getreideexport recherchiert. Auch andere Investigativjournalisten, die über Korruption bei Waffengeschäften berichteten, wurden in der Ukraine bedroht, gern von Mitarbeitern des Inlandsgeheimdienstes.

In Russland sind derzeit 35 Medienschaffende in Haft, der Journalist Iwan Safronow wurde zu 22 Jahren Straflager, sein Kollege

Wladimir Kara-Mursa zu 25 Jahren Haft verurteilt. Oppositionelle Medien wie Meduza oder Novaya Gazeta können nur mehr im Exil operieren.

Nach der aktuellen Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen, die von Norwegen angeführt wird und in der Deutschland Platz 10 belegt, findet sich die Ukraine auf Platz 61, Israel auf 101, die Palästinensergebiete sind auf Platz 156 und Russland ist auf Platz 162, von insgesamt 180 Plätzen.

Krieg ist offensichtlich gar nicht gut für die Medienfreiheit. Kriegführenden Staaten geht es nicht um freien Journalismus, sondern um gelenkte Propaganda. Die eigenen Verluste werden heruntergerechnet, die des Feindes übertrieben. Feindliche Führer, ja ganze Völker werden als Monster dämonisiert. Generäle halten gewöhnlich nichts von Informationsfreiheit, sie sind Freunde der Geheimhaltung. „Vietnam war der erste Krieg ohne Zensur“, sagte der US-Oberbefehlshaber in Vietnam, General William Westmoreland. „Ohne Zensur können Dinge furchtbar verwirrt werden im öffentlichen Bewusstsein.“

Natürlich haben wir hierzulande keine staatliche Lenkung und Zensur der Medien, aber viele Medienschaffende liefern auch ohne sie gerne das politisch Gewünschte; unlängst zum Beispiel Berichte, in denen

die militärischen Möglichkeiten der Ukraine unrealistisch übertrieben wurden oder die mehr als 30.000 palästinensischen Opfer des israelischen Massenmords in Gaza weitgehend ignoriert wurden.

Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg verbot noch vor dem russischen Überfall auf die Ukraine Anfang Februar 2022 dem russischen TV-Sender Russia Today die Ausstrahlung in Deutschland via Satellit. Als die Moskauer Regierung im



Foto: Anja Weber

Michael Sontheimer

ist Mitglied im Kuratorium der taz Panter Stiftung. Er ist Mitbegründer der taz und wurde später einer ihrer Chefredakteure. Er arbeitete als Redakteur und Autor für *Die Zeit* und *Der Spiegel*, für den er auch Korrespondent in London war.

Gegenzug dem BRD-Staatsseher der Deutsche Welle untersagte, in Russland zu arbeiten, zeternde deren Intendant: „Was wir hier erleben, ist ein unglaublicher Schlag gegen die Pressefreiheit.“ Fast überflüssig zu erwähnen, dass er damit nicht das Verbot russischer Sender im „freien“ Westen meinte. Krieg ist nicht nur meist eine amoralische Unternehmung, im Krieg blüht auch die Doppelmoral.

Dass am Anfang von Kriegen oft eine Lüge steht, hat unter anderen der US-Außenminister Colin Powell vorexerziert, als er im Februar 2003 vor dem UN-Sicherheitsrat in New York wahrheitswidrig behauptete, dass Iraks Diktator Saddam Hussein die Welt mit Massenvernichtungswaffen bedrohe. Die Vereinigten Staaten begannen daraufhin ihren Krieg gegen den Irak, der über 200.000 Zivilisten das Leben kostete.

Der australische Journalist Julian Assange hat festgestellt: „Wenn Kriege durch Lügen begonnen werden können, kann Frieden durch Wahrheit begonnen werden.“ Nachdem Assange, gestützt auf US-Dokumente, Kriegsverbrechen von US-Soldaten im Irak und in Afghanistan enthüllte, ließ ihn US-Präsident Donald Trump wegen Spionage verfolgen, basierend auf einem Gesetz aus dem Ersten Weltkrieg. Das US-Justizministerium fabrizierte eine Anklage mit einer Höchststrafe

von 175 Jahren Haft. Assange ist seit mehr als fünf Jahren im britischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh inhaftiert und führt einen zähen juristischen Kampf, nicht in die USA ausgeliefert zu werden.

Demokratien müssen sich daran messen lassen, ob sie die Medienfreiheit schützen. Das gilt auch oder gerade besonders für Kriegssituationen. Dass Demokratien sich dann in der Einschränkung der Pressefreiheit nicht zwangsläufig Diktaturen annähern müssen, haben die Briten im Zweiten Weltkrieg gezeigt. Sie führten eine öffentliche Debatte über das „aerial bombing“, die Flächenbombardierung deutscher Städte durch die Royal Air Force, bei denen vorwiegend Zivilist:innen ermordet wurden.

Bischof George Bell, ein Freund des deutschen Widerstandstheologen Dietrich Bonhoeffer, konnte im Februar 1943 im Londoner Oberhaus die Flächenbombardements als „unverhältnismäßig“ und damit als völkerrechtswidrig kritisieren. Zwar stieß der Kirchenmann auf empörten Widerspruch, nur zwei Labour-Abgeordnete unterstützten ihn im Unterhaus, und Premier Winston Churchill hielt bis zum Dresdner Feuersturm am „aerial bombing“ fest, doch Bell konnte seine Kritik unzensuriert und ohne Repressalien äußern. Das ist schon eine ganze Menge.



Kyrylo Sirchenko – Screenshot aus dem Film „Fixers in Wartime – The invisible Reporters“ von Reporter ohne Grenzen (RSF)
Foto: RSF

Hinter den Kulissen

Korruption läuft in der Ukraine auch im Krieg weiter und Journalist*innen geraten dadurch unter Druck. Internationale Medien können nur mit lokalen Helfer*innen vor Ort arbeiten

Aus Perugia und Berlin
Gemma Terés Arilla

„Ist die Wahrheit das erste Kriegsoffer?“ So lautet ein Panel mit drei ukrainischen Journalist*innen, die Mitte April beim internationalen Journalismus-Festival in Perugia in Italien über Pressefreiheit im Krieg berichten. „In den ersten Kriegsmonaten herrschte in der Ukraine eine ziemlich einheitliche Berichterstattung in allen Medien“, erzählt Segil Musaeva, Chefredakteurin der Online-Zeitung Ukrayinska Pravda. Von einer Art staatlichem Informationsmonopol spricht Natalie Sedletska, die Chefredakteurin der ukrainischen Rechercheplattform Schemes, eines Projekts des von den USA finanzierten Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL). Vor dem Ukrainekrieg recherchierte Sedletska hauptsächlich zu Korruption, später mehr über Kriegsverbrechen in der Ukraine. „Nach einer Weile haben wir den Fokus unserer Recherchen wieder auf Korruption gelegt.“ Doch das immer noch geltende Kriegsrecht erschwere das, sagt Sedletska vor den internationalen Journalist*innen in Perugia. „Eine rote Linie wurde überschritten“, fügt Olga Rudenko, Chefredakteurin von The Kyiv Independent, hinzu, als sie über eines der jüngsten Beispiele von Überwachung ukrainischer Journalist*innen berichtet.

Besonders erschütternd ist der Fall der ukrainischen Plattform Bihus.info: Ihre Journalist*innen wurden vom ukrainischen Sicherheitsdienst mit versteckten Kameras bei der Party in einem Hotel überwacht. Dreißig Beamte waren involviert. Im Nachhinein musste Sedletska feststellen, dass die Öffentlichkeit sich mehr um den Ruf des

ukrainischen Sicherheitsdienstes (SBU) sorgte, als an Aufklärung interessiert zu sein. „Dass es ein Angriff auf die Pressefreiheit war, wurde gar nicht thematisiert“, beschwert sich Sedletska.

Mithilfe des Kriegsrechts haben ukrainische Sicherheitskräfte in den letzten Monaten Journalisten auch mit der Einberufung an die Front gedroht. So jüngst geschehen im Fall der Investigativplattform Slidstvo.info. Am Abend vor der Veröffentlichung einer Recherche zu Korruptionsvorwürfen gegen den Leiter der Cybersicherheitsbehörde beim SBU wurde ein beteiligter Investigativjournalist in einem Supermarkt Kiews angesprochen und ihm das Einberufungsschreiben vor Ort persönlich ausgehändigt.

Viel wurde in den ukrainischen Medien in den vergangenen Wochen indes über die Verhaftung von ukrainischen Journalist*innen berichtet, die nach Russland überstellt werden. Ein Beispiel: Serhiy Tsyhyppa. Er wurde in einem angeblichen „Spionagefall“ auf der von Russland angeklagten Krim verurteilt. Seine Frau, die ihn seit zwei Jahren nicht gesehen hat, sprach darüber bei der OSZE und im Europarat und ist dazu auch im Kontakt mit dem Internationalen Roten Kreuz. Trotz ihrer Bemühungen ist ihr Ehemann noch in Haft. Zivile Gefangene können im Gegensatz zu militärischen auf staatlicher Ebene nicht ausgetauscht werden. In Russland wurden allein in den letzten zwei Monaten rund 20 russische Journalist*innen festgenommen, verhaftet oder verurteilt.

Auf einem anderen Panel des International Journalism Festival in Umbrien tritt der italienische Fotoreporter Lorenzo

Tondo auf: „Ich kann in der Ukraine ohne Zensur arbeiten, aber ich vermute, das geht nur, weil ich nicht über die Korruption im Lande berichten will.“ Für den erfahrenen Reporter bedeutet Journalismus im Krieg vor allem Leid und Schmerz. „Es wird zu wenig über die Traumata der Kriegsberichterstattung gesprochen.“ Dann regt sich der Fotograf über Desinformationskampagnen zum Ukrainekrieg in der italienischen Presse auf: „Ich war in Butscha und Irpin, die Bilder sprechen für sich und zeigen die Wahrheit. Keiner kann sie verleugnen.“ Doch weil das immer wieder versucht werde, fühle er sich manchmal ziemlich frustriert.

Ohne lokale Helfer*innen, auch „Fixer*innen“ genannt, können internationale Reporter wie Tondo ihre Arbeit im Ukrainekrieg nicht erledigen. Menschen wie Andrii Kolesnyk und Kyrylo Sirchenko. Beide sind keine 30 Jahre alt – und erst im Februar 2022 Fixer geworden. Nach über zwei Jahren Krieg haben sie gute Kontakte zu Medien aus der ganzen Welt. Reporter ohne Grenzen (RSF) begleitete die zwei in dem Dokumentarfilm „Fixers in Wartime – The invisible Reporters“ und lud sie Ende März zur Premiere nach Berlin ein – als junge ukrainische Männer brauchten sie eine Sondergenehmigung, um überhaupt das Land verlassen zu dürfen. „Als der Angriffskrieg begann, wollte ich etwas gegen meinen Stress und meine Ängste tun. Gleichzeitig wollte ich den ausländischen Journalist*innen helfen“, sagt Kolesnyk in Berlin. Für Medienschaffende wurde die Ukraine in drei Zonen aufgeteilt. Die grüne: ohne Einschränkungen, die gelbe: nur in Begleitung von Presseoffizieren, und die rote:

ganz verboten für Journalist*innen. „Nur im Süden der Ukraine ist es unmöglich, über militärische Angelegenheiten zu berichten – so wurde es uns von den lokalen Behörden stets kommuniziert“, fügt Kolesnyk hinzu. Er kann gut nachvollziehen, dass die ukrainische Regierung von Wolodymyr Selenskyj ihre Informationskampagnen aus Sicherheitsgründen genau zu steuern versucht.

Für Kolesnyks Kollege Kyrylo Sirchenko bedeutet der Job als lokaler Helfer vor allem einen Risikozustand, den er sonst so nicht erlebt. „Meine engsten Freunde sind jetzt an der Front. Ich gehe als Fixer ein anderes Risiko ein, indem ich ausländische Medien an Kriegsschauplätze bringe. Als Held will ich aber nicht betrachtet werden.“ Beim Journalismus-Festival in Perugia endet Schemes-Chefredakteurin Sedletska mit der Beobachtung, dass der Journalismus in der Ukraine aktuell komplett vom Kriegsverlauf abhängt. „Das Schlimmste wäre, den Krieg zu verlieren. Doch noch schlimmer wäre die russische Besetzung, weil es dann keine Redefreiheit mehr gäbe“, sagt Sedletska. „Aber auch im Krieg müssen wir als Journalist*innen wachsam bleiben und die Meinungsfreiheit schützen.“

Segil Musaeva, Chefredakteurin der *Ukrayinska Pravda*, erhofft sich wiederum mehr Pressefreiheit durch den möglichen EU-Beitritt der Ukraine, die seit 2022 EU-Beitrittskandidatin ist. „Um ein demokratisches und europäisches Land zu werden, müssen wir für unser Recht auf Pressefreiheit kämpfen.“

Die Autorin leitet die taz *Panther* Stiftung
Rangliste der Pressefreiheit: Platz 61

Informationskrieg um Gaza

„Embedded“, also vom Militär begleitet, zu berichten ist im Krieg üblich, doch müssen die Grenzen dieser Praxis offengelegt werden

Von Christopher Resch

Seit dem 7. Oktober sind Hunderte Medienschaffende aus aller Welt nach Israel geflogen, um über die Auswirkungen des Hamas-Terrorangriffs und den israelischen Krieg in Gaza zu berichten. Nach Gaza hinein kamen aber nur wenige. Erstmals am 4. November gaben Israels Streitkräfte ausgewählten internationalen Journalist:innen die Möglichkeit, sie bei Fahrten in den Gazastreifen zu begleiten. „Embedded“, also „eingebettet“ und geschützt durch das Militär unterwegs zu sein, ist gängige Praxis in Kriegsgebieten. Die ZDF-Journalistin Katrin Eigendorf war unter den ersten deutschen Medienschaffenden, die so nach dem 7. Oktober aus Gaza berichteten. Am Abend kam eine lange erwartete, immer wieder verzögerte Nachricht des israelischen Militärs, am Morgen hatte sie einen Platz im Jeep. Eigendorf selbst hatte bei der Armee nach der Möglichkeit eines „embeds“ gefragt.

„Das ist ganz einfach eine Notwendigkeit, um ein unabhängigeres Bild der Lage im Gazastreifen zu gewinnen“, sagt Eigendorf. „Die ganze Debatte ist ja sehr stark emotional belastet.“ Der unabhängige Blick internationaler Journalist:innen ist eine der wenigen Möglichkeiten, der allgegenwärtigen Desinformation und Propaganda etwas entgegenzusetzen.

Aktuell liegt es allein an den palästinensischen Medienschaffenden, der Welt zu zeigen, wie es in Gaza aussieht. Viele von ihnen haben das mit dem Leben bezahlt: Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen sind seit Kriegsbeginn mehr als 100 Journalist:innen getötet worden, die meisten von ihnen durch israelische Luftangriffe. Viele versuchen zu fliehen, auch weil immer wieder der Vorwurf im Raum steht, Israels Armee würde Journalist:innen gezielt ins Visier nehmen. Das wären Kriegsverbrechen. Aber, so Eigendorf: „Es ist auch ein Informationskrieg, und das Interesse der Hamas ist, möglichst viele schreckliche Bilder von Opfern zu zeigen, um Israel als alleinigen Verantwortlichen an den Entwicklungen darzustellen.“

Die „embeds“ mit den israelischen Streitkräften sind Teil dieses Informationskriegs. Das weiß auch Eigendorf: „Kriegsberichterstattung ist immer ein sehr limitierter Blick, und wer mit der israelischen Armee unterwegs ist, zeigt vor allem deren Perspektive. Das sollte man den Zuschauern schon klarmachen.“

Auch, dass es weitere Einschränkungen gibt: So ist es üblich, dass die Journalist:innen unterschreiben müssen, keine sensiblen Informationen etwa zu Stellungen der Armee zu zeigen und ihr Material vorzulegen. Sowohl Eigendorf als auch der *Bild*-Reporter Paul Ronzheimer, der kurz vor ihr im Gazastreifen war, sagen aber: Konkrete Verbote oder Zensur durch das Militär habe es nicht gegeben.

Wie sähe es im Gazastreifen selbst aus? Die palästinensischen ZDF-Mitarbeiter in Gaza könnten derzeit nicht sehr Hamas-kritisch berichten oder – die Idee läge ja nahe – ein Interview mit einer der israelischen Geiseln führen, sagt Eigendorf. „Ich glaube nicht, dass das im Moment irgendjemand wagt.“

Der Autor ist Pressereferent von Reporter ohne Grenzen in Berlin mit Schwerpunkt Naher Osten und Nordafrika

Rangliste der Pressefreiheit 2024

Auswahl	Getötet	Inhaftiert
Ukraine (61)	2	0
Israel (101)	1	42
Mexiko (121)	4 + 34 verschw.	0 + 5 Geiseln
Kamerun (130)	2 + 2 verschw.	4
Philippinen (134)	2	2
Hongkong (135)	0	13
Libanon (140)	3	0
Palästinensische Gebiete (157)	16	5
Türkei (158)	0 + 1 verschw.	52
Indien (159)	1	17
Russland (162)	0 + 6 verschw.	37
Bangladesch (165)	3	3
Saudi-Arabien (166)	0 + 1 verschw.	25
Belarus (167)	0	64
Myanmar (171)	0	73
China (173)	1 + 2 verschw.	123
Vietnam (175)	0 + 1 verschw.	44
Iran (176)	0	64
Afghanistan (178)	3	26
Syrien (179)	1 + 9 verschw.	21 + 38 Geiseln

in Klammern: Rangliste der Pressefreiheit 2024 (Zeitraum: 1.1. – 31.12.2023)
in Fett: die tödlichsten Länder für Journalist*innen 2023
Quelle: Reporter ohne Grenzen, Stand: 30. April 2024
taz grafik: infotext-berlin.de | A.E.

Schaut wieder nach Afghanistan!

Nach der Machtübernahme der Taliban sollte das deutsche Bundesaufnahmeprogramm Journalisten helfen. Doch es hat große Tücken

Von **Anne Renzenbrink**

Es scheint lange her und weit weg: Bewaffnete Kämpfer nehmen Kabul ein, verzweifelte Menschen strömen zum Flughafen und versuchen, das Land zu verlassen. Im August 2021 kamen die Taliban in Afghanistan erneut an die Macht. Die chaotischen Szenen der Evakuierung gehen damals um die Welt. Heute, mehr als zweieinhalb Jahre später, hat die internationale Aufmerksamkeit stark abgenommen. Anders als das Leid vieler Menschen vor Ort.

Reporter ohne Grenzen (RSF) erreichen weiter verzweifelte Anfragen von Journalist*innen, die wegen ihrer kritischen Recherchen von den Taliban verfolgt werden. Manche müssen das Land verlassen, um nicht im Gefängnis zu landen. Die Taliban gehören zu den größten Feinden der Pressefreiheit weltweit.

Gerade meldete sich eine Journalistin bei Reporter ohne Grenzen, die sich trotz der Risiken entschieden hat, im Land zu bleiben und weiter zu berichten. Nun wurde sie festgenommen und kam erst nach mehreren Tagen frei. Die Journalistin – als Frau und Reporterin gleich doppelt gefährdet – überlegt, zu fliehen. Das Dilemma: In einem Nachbarland wäre sie zwar erst mal vor den Taliban sicher. Dort kann RSF ihr aber nicht mehr helfen, im Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan (BAP) der deutschen Bundesregierung berücksichtigt zu werden.

Das am 17. Oktober 2022 angelaufene BAP war ein Hoffnungsschimmer für viele afghanische Journalist*innen. Jeden Monat wollte die Bundesregierung 1.000 gefährdete Afghan*innen nach Deutschland holen. Doch die eigentlich begrüßenswerte Initiative erfüllt aus Sicht von RSF nicht das, was sie versprochen hat: Anderthalb Jahre nach dem Start sind über das BAP erst rund 350 Personen nach Deutschland eingereist.

Unter ihnen sind zwei von RSF vorgeschlagene Familien. Rund ein Dutzend weitere Journalist*innen haben zumindest schon Aufnahmezusagen erhalten. Ein zentrales Problem: Das BAP schließt zunächst in Drittstaaten geflohene Medienschaffende aus.

Organisationen wie RSF können nur Fälle von Personen einreichen, die sich zu dem Zeitpunkt noch in Afghanistan aufhalten. Doch nach dem Fall Kabuls im August 2021 sind zahlreiche gefährdete Journalist*innen auf eigene Faust in Nachbarländer geflüchtet. Mitarbeitende der Bundesregierung hatten afghanischen Medienschaffenden da-

mals geraten, schnellstmöglich dorthin auszureisen. Langsame, intransparente Prozesse und eine komplizierte Sicherheitsüberprüfung in Islamabad bremsten das Programm zusätzlich.

Medienpluralismus zerstört

Was die Taliban angerichtet haben, zeigt sich auch im Vergleich mit der Zeit vor ihrer Machtübernahme. So hatte sich in den vorangegangenen 20 Jahren in Afghanistan eine lebendige und plurale Medienlandschaft entwickelt. Die Taliban haben große Teile davon zerstört. Mehr als die Hälfte der 547 Medien, die noch 2021 registriert waren, sind nach Angaben einer Studie der Afghan Independent Journalists Association (AIJA) aus dem Jahr 2023 verschwunden. Von den rund 12.000 Medienschaffenden, die 2021 noch in Afghanistan arbeiteten, haben inzwischen mehr als zwei Drittel ihren Beruf aufgegeben.

Nach ihrer Machtübernahme haben die Taliban zudem Frauen weitgehend aus der Medienlandschaft verdrängt. Mehr als 80 Prozent der afghanischen

Journalistinnen mussten inzwischen ihre Arbeit aufgeben.

Die Medienschaffenden, die nicht ihren Beruf aufgeben mussten oder das Land verlassen haben, arbeiten unter prekären Bedingungen. Ihre Arbeit war zwar schon vor August 2021 gefährlich. Neben den Taliban hat auch der „Islamische Staat“ (IS) Anschläge verübt. Doch mit dem Machtwechsel kamen zahlreiche Vorschriften der Taliban hinzu.

In der Provinz Kandahar etwa dürfen Journalist*innen keine Fotos und Videos mehr während Treffen von lokalen Taliban-Vertretern aufnehmen. In der Provinz Chost dürfen Frauen nicht mehr in Radio- und Fernsehsendungen sprechen. Hinzu kommen strikte Kleidervorschriften für Journalistinnen im ganzen Land. Die Taliban machen Medien auch inhaltliche Vorgaben, sie drohen und verfolgen Journalist*innen, greifen sie körperlich an, nehmen Reporter*innen fest, zensurieren Berichte und durchsuchen Redaktionen. Auch Exilmedien müssen daher unter strik-

ten Sicherheitsvorkehrungen arbeiten: Reporter*innen in den verschiedenen Provinzen des Landes kennen einander nicht und veröffentlichen unter Pseudonym.

Widerstand aus dem Exil

RSF erinnert aber auch an den Widerstand afghanischer Journalist*innen. Sie recherchieren trotz schwierigster Bedingungen vor Ort weiter oder informieren die Bevölkerung aus dem Exil – auch wenn der Weg ins Exil für die meisten Medienschaffenden voller Fallstricke und Umwege ist.

Der Gründer des investigativen Online-Magazins Etilaatroz, Zaki Daryabi, floh im Oktober 2021 aus Kabul. Vor seiner Abreise wurden sein jüngerer Bruder und ein Etilaatroz-Kameramann festgenommen und verprügelt, als sie über einen Frauenprotest in Kabul berichteten. Auch Daryabi erhielt eine Vorladung. Er ging aber nicht zur Polizei, um nicht festgenommen zu werden. Ihm und anderen Mitarbeitenden des Magazins gelang es vielmehr, Flug-

tickets zu bekommen und das Land zu verlassen. In den USA konnte Daryabi einen Teil des über die ganze Welt verstreuten Teams von Etilaatroz wieder zusammenbringen, um sein Online-Magazin und die Online-Zeitung *KabulNow* neu zu starten. Beide Medien haben inzwischen mehrere Mitarbeitende im US-Bundesstaat Maryland und Korrespondent*innen in Afghanistan. Ihre Online-Leser*innenschaft wächst.

Diese Entwicklung haben die Taliban nicht vorausgesehen: Eine neue Generation von vernetzten Afghan*innen, die sich seit zwei Jahrzehnten an den Konsum relativ freier und pluralistischer Medien gewöhnt hatten und sich von den Taliban nicht vorschreiben lassen, wie sie denken und kommunizieren sollen, ist entstanden.

Die Autorin ist Pressereferentin bei Reporter ohne Grenzen in Berlin mit dem Schwerpunkt Asien
Rangliste der Pressefreiheit: Platz 178



17. August 2021: Eine afghanische Journalistin diskutiert mit einem Taliban-Sprecher
Foto: ddp images

Ein von vielen vergessener Konflikt

Selbst afrikanische Nachrichtenagenturen vernachlässigen die Berichterstattung über den Bürgerkrieg im Sudan, derweil die Konfliktparteien um die Darstellung in den sozialen Medien kämpfen

Aus Kairo **Lujain Alsedeg**

Ende April 2023, kurz nach dem Ausbruch der Kämpfe zwischen Sudans Streitkräften (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF), warnte ein Bericht von Reuters vor einem Engpass bei der Versorgung mit natürlichem Gummi aufgrund des neuen Bürgerkriegs. Dieser wirtschaftliche Blickwinkel auf die Geschehnisse im Sudan ist nicht unüblich. Er spiegelt die begrenzte Sicht wider, mit der ein Großteil der Welt den sudanesischen Konflikt betrachtet. Dabei wird der Ernst der Lage immer wieder unterschätzt und auf wirtschaftliche Folgen reduziert. Die Tragödie des Sudans wird so zu einer Geschichte, die nur zur Hälfte erzählt wird.

Diese Verkürzung ist nicht auf westliche Medien beschränkt. Zu Beginn des Konflikts verließen sich die Sudaner:innen stark auf regionale Nachrich-

tensender wie Al Jazeera. Dessen Berichterstattung rund um die Uhr und mit lokalen Journalist:innen vor Ort war von unschätzbarem Wert. Doch nach dem 7. Oktober 2023, als der Gazastreifen in den Fokus der Medien rückte, wurde sie abrupt unterbrochen.

Sogar bei den afrikanischen Nachrichtenagenturen bleibt der Sudan auf der Strecke. Ein mit Open-Source-Intelligence-Daten (OSINT) gefüttertes Tool namens CivicSignal zeigt, dass auch afrikanische Nachrichtenredaktionen seit Mitte März fast dreimal weniger über den sudanesischen Bürgerkrieg berichtet haben als jeweils über die viel stärker beachteten Konflikte in der Ukraine und im Gazastreifen.

Dem sudanesischen Publikum bleiben nur wenige Möglichkeiten zur Information: über lokale Medien, deren Arbeit von der Regierung häufig

eingeschränkt wird, oder wenn überregionale und internationale Medien doch einmal über humanitäre Krisen oder Friedensgespräche berichten.

Auch wenn die bloße Anzahl von Berichten nicht der einzige Gradmesser für das Engagement eines Mediums für ein bestimmtes Land ist, so illustriert es die Lage im Falle Sudans doch recht gut. Die Kombination aus seltenen Meldungen und der oberflächlichen Art der Berichterstattung zeichnet zusammen ein deutliches Bild von der Vernachlässigung durch die Medien.

Der Mangel an lokalen Medien stellt ein großes Hindernis für ein Verständnis der Situation im Sudan dar

Dabei hat sich die Medienlandschaft im Sudan nach der Revolution im Jahr 2019 verändert: Eine Handvoll unabhängiger Zeitungen versucht seither, sich von der Kontrolle der Regierung zu lösen. Staatliche Giganten wie der TV-Sender Sudan National Television beherrschen jedoch nach wie vor den Äther.

Diese Dominanz führt zu einer einseitigen Sichtweise im Sinne der Regierung, welche im aktuellen Konflikt die SAF bevorzugt und selbst Desinformation betreibt. Gerade der Mangel an lokalen Medien stellt ein erhebliches Hindernis für ein umfassendes Verständnis der Situation im Sudan dar.

Zudem mussten Sky News Arabia und zwischendurch auch Al Arabiya, beides prominente regionale TV-Sender, ihre Arbeit aussetzen – wegen angeblicher „Unprofessionalität“ und mangelnder Transparenz. Zwar gibt es tatsächlich Bedenken be-

züglich ihrer Verbindungen zu Ländern, die der Einmischung in den sudanesischen Konflikt beschuldigt werden. Doch hätten diese Probleme angegangen werden können, ohne gleich die Pressefreiheit einzuschränken.

Es ist nicht das erste Mal, dass Konflikte im Sudan von den Medien übersehen wurden. Vom langanhaltenden Krieg in Darfur bis zur blutigen Abspaltung des Südsudans hat das Land eine düstere Geschichte von bewaffneten Auseinandersetzungen, über die nicht ausreichend berichtet wurde.

Und selbst die Recherchen über die Gewalt bei der Niederschlagung friedlicher Proteste in den Jahren 2019 und 2021 stützten sich in hohem Maße auf die Arbeit von Bürgerjournalist:innen in sozialen Medien, die auf im Internet verfügbare Inhalte zurückgriffen.

Doch während sich die Überprüfung von Online-Quellen

während der Proteste als relativ einfach erwies, ist das im aktuellen Konflikt deutlich schwieriger. Beide Seiten verbreiten im Internet Propaganda und Desinformationen, die den Konflikt weiter anheizen. Die SAF und die RSF kämpfen nicht nur um territoriale Hoheit, sondern auch um die Kontrolle der Darstellung des Geschehens in den sozialen Medien. Im Kreuzfeuer stehen die einfachen sudanesischen Bürger:innen. Sie suchen verzweifelt nach zuverlässigen Nachrichten – und sind dem Informationskrieg hilflos ausgeliefert.

Die Autorin ist Datenanalytikerin und Journalistin aus Khartoum. Im Mai 2022 beschrieb sie ihre Flucht aus der umkämpften Stadt. 2022 nahm sie an einem Workshop der taz Panter Stiftung in Berlin teil
Rangliste der Pressefreiheit: Platz 149

„Nichts über uns ohne uns berichten“

Die Berichterstattung über Russland bleibt im Inland und Ausland stark zentralisiert. Der Podcast Republik_spricht kämpft mit dekolonialem Narrativ dagegen an

Von **Dankhaia Hovalig**

Der Geschichte der asiatischen Republiken Russlands wird relativ wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Noch weniger Aufmerksamkeit wird der Vermittlung ihrer Geschichte an die breite Bevölkerung gewidmet. Dies trägt dazu bei, dass der Zugang zu ihr und das Wissen über sie erschwert wird. Historisches Wissen kann zum Verständnis der eigenen Identität beitragen. Das ist für uns besonders wichtig. Wir sind Vertreter der „kleinen“ Völker Russlands, unsere Kulturen wurden und werden systematisch „russifiziert“, und wir selbst sind regelmäßig rassistischer und nationaler Diskriminierung ausgesetzt.

Der Podcast Republik_spricht ist Russlands erstes Audioprojekt, das sechs asiatischen Republiken eine eigene Stimme

gibt: Kalmückien, Burjatien, der Tuwinischen Volksrepublik, der Republik Sacha, Chakassien und Altai. Der Name ist eine Anspielung auf den staatsnahen russischen Radiosender Moskau_spricht. Jede unserer Podcastfolgen ist einer der asiatischen Republiken gewidmet. Es gibt Experteninterviews und Gespräche mit Menschen aus diesen Republiken. Auf Russisch oder in ihrer Muttersprache berichten sie über ihre Heimat, ihr Zuhause, die Familie, über Traditionen und Rituale und vor allem auch über ihre Geschichte. Denn über diese zu sprechen und sich an sie zu erinnern, ist heute wichtiger denn je.

Die Medienplattform Republik_spricht hat als unabhängiges Medium Ende Dezember 2022 in Deutschland begonnen. Aufgrund der Arbeit meines Mannes hatten wir lange Zeit über-

legt, nach Deutschland zu ziehen. Dann brach der Krieg in der Ukraine aus. Im März 2022 zogen wir dann nach Berlin und ich habe mich in den ersten Monaten auf die Unterstützung und Hilfe von Geflüchteten aus der Ukraine am Berliner Hauptbahnhof fokussiert.

Irgendwann bin ich in Kontakt mit Antikriegsinitiativen aus Russland gekommen und mir wurde klar, wie wichtig es ist, die Menschen aus den asiatischen Republiken mit Informationen zu versorgen und auch anticoloniale, humanistische Werte zu verbreiten, die uns selbst, den Menschen aus diesen Republiken, besonders wichtig sind. Denn nach dem russischen Überfall auf die Ukraine gab es viele Narrative in den Medien, die vorrangig rassistische Perspektiven auf die asiatischen Republiken verbreiteten, falsche

Vorstellungen und verfestigte Stereotype.

Das ist natürlich nichts Neues. Bereits vor dem Angriffskrieg war Russland extrem rassistisch gegenüber diesen Republiken im asiatischen Teil des Landes eingestellt. Ich habe selbst acht Jahre in Moskau gelebt, und es kam vor, dass die Leute mich fragten, ob ich ein Messer dabei hätte. Sie halten uns für Barbaren, während unsere Stimmen in den Medien kaum auftauchen. Stattdessen bekommen wir immer nur die Perspektive der in Moskau ansässigen Journalist*innen geboten – nicht nur in den russischen Medien, sondern auch in den westlichen. Das zentralisierte russische Narrativ wird im Ausland in der Regel einfach übernommen, manchmal unbewusst, und weiter verbreitet – dabei ist es ein koloniales



Narrativ.

Der Podcast Republik_spricht ist ein besonderes Medienformat. Unsere Zielgruppe sind ganz bewusst die Bewohner*innen der asiatischen Republiken. Wir wollen sie daran erinnern, wer sie sind. Denn die russische Geschichte wird gerade umgeschrieben. Offiziell steht in den Schulbüchern, was auch die russischen Medien berichten: dass diese Republiken angeblich freiwillig entschieden haben, Teil der Russischen Föderation zu werden. Wir dagegen verteidigen ein dekoloniales Narrativ, wir wollen unsere Geschichte zurück.

Im Vergleich zu anderen Teilen Russlands sind die asiatischen Regionen relativ arm, der anticoloniale Aktivismus bleibt hier extrem wichtig. Klar ist es schwierig, die Menschen zu erreichen und sie dazu zu bewegen, sich zu engagieren, wenn das Hauptproblem das Überleben ist.

In meiner Republik, in Tuwa, beispielsweise ist die Wirtschaft traditionell fast ausschließlich eine Nomadenwirtschaft, und nach jedem kalten Winter kommt es zu hohen Verlusten an Nutztieren. Doch trotz dieser Schwierigkeiten bleiben wir handlungsfähig – und das kann uns auch keiner wegnehmen.

Bisher wurden wir von der russischen Regierung weder als ausländische Agenten noch als unerwünschte Organisation eingestuft, wie andere russische Exilmedien, zum Beispiel Meduza, Novaya Gazeta oder Doxa. Um nicht verboten zu werden, meiden wir Inhalte über den Krieg. Nach etwa 20 Episoden betrachtet Moskau uns als eine Plattform, die weniger politisch ist als vielmehr Menschen miteinander vernetzt. Trotzdem bleibt unser Projekt ein aktivistisches und führt zu Veränderungen. Einmal im Monat gibt es einen Online-Kinoclub von uns, und wir zeigen Filme, die in Russland teilweise verboten sind. Demnächst wird es auch einen Online-Leserclub geben – denn seit Kriegsbeginn werden kritische Bücher in Russland verboten. Die Menschen suchen nach sichereren Umgebungen, in denen sie offen diskutieren können.

Der Podcast Republik_spricht wird hauptsächlich in Berlin produziert, unterstützt von ei-

nem Netzwerk an Korrespondent*innen aus den asiatischen Regionen. Darüber hinaus schicken uns die Menschen Sprachnachrichten, auf Russisch oder in ihrer Muttersprache wie Kalmückisch. Unsere Hörer*innen erreichen uns über Telegram, YouTube, Spotify, Apple Podcast, Google Podcasts, Yandex, Instagram, VKontakte und Odnoklassniki. Wir bieten ihnen auch die Möglichkeit an, an kostenlosen Schulungen zur Erstellung von Podcasts teilzunehmen. Ich habe gemerkt, wie groß das Interesse an einem solchen Angebot ist. Relativ schnell wurde unsere Reichweite dann größer, weil die Menschen den Podcast mit Freunden und Familien teilen.

Wie für viele Exilmedien ist die Finanzierung eines unserer größten Probleme. Denn es gibt nur wenig Möglichkeiten der Förderung für Exilmedien. Darüber hinaus ist unser Projekt im Vergleich zu großen und bekannten russischen Exilmedien wie Meduza und Doschd viel kleiner. Gleichzeitig ist die Thematik, über die wir schreiben, unpopulär. Wer interessiert sich überhaupt für die Perspektive der Dekolonialisierung und weiß, was das ist? Geldgeber und die Medienwelt verhalten sich extrem zurückhaltend, wenn es darum geht, solche dekolonialen Projekte zu unterstützen.

Nun gibt es ein bisschen Bewegung und Hoffnung. Ende Februar wurde im Europaparlament eine Resolution verabschiedet, nach der Entimperialisierung, Dekolonisierung und Reföderalisierung notwendige Voraussetzungen für die Errichtung einer Demokratie in Russland sind. Doch kaum ein Medium hat darüber berichtet. Das passiert immer wieder: die dekoloniale Perspektive wird einfach ignoriert. Auch andere große russische Exilmedien haben das ignoriert, obwohl wir alle im selben Boot sitzen. Unser Projekt bleibt deshalb so wichtig, weil sonst keiner über uns berichtet.

Die Autorin ist eine freie Journalistin und dekoloniale Aktivistin aus der Tuwinischen Volksrepublik, die jetzt in Berlin wohnt. Sie ist die Gründerin und Moderatorin des Podcasts Republik_spricht
Rangliste der Pressefreiheit: Platz 162



In Serbien ist die Presse- und Redefreiheit durch unterschiedliche Institutionen und Narrative gefährdet, unter anderem durch nationalistische Positionen von Aleksandar Vučićs Serbischer Fortschrittspartei (SNS) und der orthodoxen Kirche Serbiens sowie durch die Einflussnahme Russlands. **Rangliste der Pressefreiheit: Platz 98** Illustration: Jana Adamovic

Preis für Whistleblower

Die taz Panter Stiftung will zusammen mit der Wau Holland Stiftung, dem Whistleblower-Netzwerk und der Reva and David Logan Foundation den International Ellsberg Whistleblower Award ausloben.

Im Jahr 1971 lancierte der US-Militärexperte Daniel Ellsberg die Veröffentlichung einer geheimen Studie des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums zu der Frage, wie die USA sich in den Vietnamkrieg verstricken konnten. Die Pentagon Papers zeigten, wie die USA mit Lügen den Krieg begonnen hatten.

Ellsberg wurde wegen Spionage verfolgt, aber das Verfahren später eingestellt. Der im Jahr 2023 verstorbene Ellsberg

leistete einen wichtigen Beitrag zur Beendigung des Krieges und wurde zum Vorläufer moderner Whistleblower wie Chelsea Manning, Julian Assange, Edward Snowden und Frances Haugen.

Whistleblower stehen unter großem Druck. Sie leisten einen entscheidenden Beitrag zum Aufdecken illegaler Aktivitäten staatlicher wie kommerzieller Akteure und üben eine Kontrollfunktion aus, die demokratische Gesellschaften unbedingt brauchen.

Deshalb verdienen Whistleblower Anerkennung und Hilfe zum Beispiel in Gestalt eines Preises, der mit 10.000 Euro dotiert werden soll. *Michael Sontheimer*



Comic zur Pressefreiheit in Italien: „Was für ein Paradox: für Menschenrechte demonstrieren und den Demonstranten genau diese Rechte verweigern. Im Nachhinein beschuldigen dann noch einige Zeitungen die, die auf die Straße gehen! Keine Pressefreiheit ohne Wahrheit.“ Rangliste der Pressefreiheit: Platz 46 Illustration: Claudio Marinaccio

Onlinemedien zwischen Exil, Diaspora und eigener Identität

Hongkonger Journalisten haben in Übersee neue Digitalmedien gegründet. Damit reagieren sie auf die Politik der pekinghörigen Regierung, die 2020 mit einem repressiven Sicherheitsgesetz gegen die Demokratiebewegung und die unabhängigen Medien vorging

Aus Vancouver **Galileo Cheng**

Hongkongs demokratische Massenbewegung von 2019 gegen das Auslieferungsgesetz hat sich zu einem Kampf mit den pekinghörigen Behörden entwickelt – auf der Straße, in der Legislative, an den Wahlen und in den Medien. Online-Medien wie Hong Kong Inmedia, TMHK, StandNews, CitizenNews waren wichtig für die Bewegung und ihre soziale Mobilisierung etwa durch Live-Übertragung von Protesten. Sie durchbrachen den von der Regierung und den pekingnahen Medien vorgegebenen Rahmen.

Die Behörden sahen im wachsenden Einfluss der Online-Medien eine Bedrohung und gingen gegen sie vor. StandNews und etablierte prodemokratische Medien wie *Apple Daily* gerieten in den Fokus des Nationalen Sicherheitsgesetzes und noch aus der Kolonialzeit stammender Restriktionen und wurden zur Schließung gezwungen.

Die wachsenden Unsicherheiten, Drohungen, Einschüchterungen und Verhaftungsrisiken führten dazu, dass sich viele Hongkonger Journalisten ins Ausland absetzten. Nur dort sahen sie Möglichkeiten, ohne Zensur und ohne Selbstzensur über die Entwicklungen in Hongkong zu berichten. Laut der in London ansässigen, im Jahr 2023 gegründeten Association of Overseas Hong Kong Media Professionals (AOHKMP) verließen seit 2019 Hunderte Journalisten die südchinesische Sonderverwaltungsregion.

Demnach wechselten 60 Prozent der ins Ausland gezogenen Journalisten seitdem den Beruf. Doch manche, die früher etwa für *Apple Daily* oder StandNews arbeiteten, haben neue Online-

medien gegründet. Jetzt berichten sie in alternativer Form aus dem Ausland über Hongkong-Themen.

Ziel ist die Fortsetzung einer prodemokratischen liberalen Berichterstattung aus der Diaspora über die Heimat. Sie wollen die mediale Lücke füllen, die mit dem NSL entstanden ist, und über die zensurierten politischen Nachrichten aus Hongkong offen berichten. Ein weiteres Ziel sei, Hongkongs besondere Kultur, Sprache und Identität zu bewahren, erklärten die AOHKMP-Vorsitzenden Steve Vines und Jane Poon gegenüber der Deutschen Welle.

Neben den drei großen textbasierten, rein digitalen Überseemedien The Chaser News, The Points, Photon Media gibt es auch Hongkonger Überseemedien im (Online-)Radiobereich wie Green Bean Media oder Commons. Alle haben gegenüber den in der Stadt verbliebenen Medien sogar einen Vorteil bei der Berichterstattung über Hongkonger Aktivismus im Ausland.

Zugleich wurde deutlich, dass Hongkongs kantonische Kultur inzwischen eine eigene, subethnische Identität hervorgebracht hat, die sich von anderen chinesischen Kulturen wie aus der Volksrepublik oder aus Taiwan abgrenzt. Entsprechend versuchen auch die genannten Hongkonger Online-Überseemedien, sich von chinesischen Medien im Ausland, die von Peking kontrolliert werden, abzuheben und zugleich mit ihren Berichten über Hongkong in die Metropole zurückzustrahlen.

The Chaser News behandelt Themen, die für Hongkonger in Übersee interessant sind, und bringt investigative Berichte in einem professionellen Umfeld. Ziel ist es nach eigenen Angaben,

Verleger Jimmy Lai droht lebenslange Haft

Nach der Formel „Ein Land, zwei Systeme“ hatte Peking der britischen Ex-Kolonie Hongkong bei der Rückkehr nach China im Jahr 1997 für 50 Jahre Autonomie, Selbstverwaltung und Pressefreiheit versprochen. Doch Pekings wachsende Einmischung in Hongkong und die Verweigerung der in Aussicht gestellten Demokratisierung lösten wachsende Proteste aus. 2019 führte ein geplantes Auslieferungsabkommen mit China zu monatelangen Massenprotesten. Diese wurden schließlich mit einem von Peking durchgesetzten Sicherheitsgesetz unterdrückt. Auch die Boulevardzeitung *Apple Daily* wurde verboten, ihr Gründer und Verleger Jimmy Lai, der als Mäzen der Hongkonger Reformkräfte Peking ein Dorn im Auge war, wurde inhaftiert. Ihm droht lebenslange Haft. Eine RSF-Mitarbeiterin, die seinen Prozess beobachten wollte, wurde im April 2024 an der Einreise gehindert und über Stunden verhört. In der RSF-Rangliste der Pressefreiheit steht Hongkong heute nur noch auf Rang 135, im Jahr 2002 hatte es noch auf Platz 18 gestanden und mit die freiesten Medien in Asien gehabt. (han)

das interessierte Publikum mit „den Werten und dem Geschmack der Hongkonger“ zu unterhalten und eine „wahrheitsgetreue“ und „ungefilterte Tiefenberichterstattung“ zu liefern, die „keiner offiziellen Zensur“ unterliegt.

Photon Media hat sich auf die Fahnen geschrieben, mit Professionalität und Wahrheitsliebe, „Nachrichten für Hongkonger“ zu liefern, „die Stimmen der Hongkonger Diaspora und Andersdenkender“ abzubilden, „Nachrichten aus Hongkong sowie Hongkong in die Welt zu bringen“ und die Hongkonger „wieder zu Wort kommen zu lassen“ – im zunehmend „tendenziösen Medienumfeld“ der Metropole.

Photon News ist ein Sonderfall unter den Medien im Gastland Taiwan, in dem es nie über taiwanbezogene Nachrichten berichtet, sondern sich auf

Nachrichten aus Hongkong und dem Ausland konzentriert.

Eine Mischung aus professionellen Journalisten und Exil-Aktivist:innen produzieren diese Medien in einer Form, die zwischen den traditionellen Kategorien ethnische Medien, Diasporamedien und Exilmedien liegt. Als quasi ethnische Medien betreiben und fördern sie die Migrantengemeinschaft; als Diaspora-Medien müssen sie über Nachrichten aus dem Aufnahmeland wie über Hongkong berichten und ein besonderes Interesse an dessen Freiheiten und politischen Problemen haben.

Dabei sind diese Medien auch wichtig für die Aufrechterhaltung einer Hongkonger Überseezivilgesellschaft: Sie fungieren als wichtige Plattform für soziale Bewegungen und Gruppen der

Übersee-Hongkonger, indem sie diese gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit immunisieren und Nachrichten zurück nach Hongkong ausstrahlen. Sie versuchen, die Unterdrückung der Berichterstattung über „sensible“ Themen wie Proteste und Kritik an der Regierung in Hongkongs Mainstream-Medien zu durchbrechen.

Hongkongs besondere Stellung war, dass es sich an der Grenze zwischen der autoritären und der demokratischen Welt befand. Als Medienschaffende ins Ausland zogen und versuchten, Hongkong-Medien in Übersee zu gründen, passten sie nicht in die gängigen Muster und Strukturen. Die verstreuten Hongkonger Überseemigranten definierten den Begriff „Diaspora“ neu. Denn kein anderer Ort auf der Welt hat in jüngerer Zeit eine Rekolonisierung erlebt, die quasi direkt nach der Kolonisierung ohne Dekolonisierung stattfand und die Subethnizität in der Kluft zwischen autoritärer und demokratischer Gesellschaft erweiterte.

Hongkong war ein Grenzraum, in dem Freiheit und eine freie Presse, die auf der Basis einer demokratischen, professionellen Haltung agierte, in kurzer Zeit Wurzeln schlugen, aber dann unter eine autoritäre Herrschaft fielen. Viele Journalist:innen, die einige Jahre Pressefreiheit genossen hatten, sahen nur noch die Möglichkeit, Hongkong zu verlassen und ihre Arbeit im Ausland wieder aufzunehmen.

Der Autor war preisgekrönter Fotojournalist in Hongkong und ist jetzt Medienwissenschaftler im kanadischen Vancouver

Rangliste der Pressefreiheit: Platz 135

Weniger Stimmen, weniger Demokratie

Argentiniens neue Regierung von Javier Milei schadet der Pressefreiheit durch die Förderung von Monopolen, wie es sie bei der Herstellung von Zeitungspapier schon seit der Diktatur gibt

Aus Córdoba **Sergio Vaudagnotto**

Am 1. April vor 40 Jahren erschien die erste Ausgabe von *El Diario del Centro del País* in der Stadt Villa María in der argentinischen Provinz Córdoba. Die Morgenzeitung, die 1984 ganz bescheiden als *El Diario de Villa María* und zehn Jahre später als *El Diario del Sur de Córdoba* in den Straßenverkauf ging, wurde 2001 von ihren Eigentümern aufgegeben und von ihren in einer Genossenschaft zusammengeschlossenen Mitarbeitern übernommen.

Das marode Schiff, das mit kaum 1.300 Exemplaren pro Tag in einer Stadt mit 90.000 Einwohnern auf dem Trockenen saß, hat seinen Kurs korrigiert und seine Auflage auf 5.400 Exemplare vervielfacht, mit Spitzenwerten von 7.400 an Sonn- und Montagen einschließlich umfangreicher Sportbeilagen. Man kann sagen, die „Titanic“ überquerte die Eisgrenze und das Orchester spielte bereits die Hymne „Toda vía cantamos“ („Immer noch singen wir“).

Aber die Covidpandemie stoppte das Wachstum der Printausgabe von *El Diario*. Weil es weniger kulturelle und sportliche Veranstaltungen gab, stieß die Berichterstattung auf weniger Interesse und das führte zu einer Verringerung des Seitenumfangs. Auch sank die Auflage auf die Hälfte. Doch die Genossenschaft verstärkte die Onlineredaktion, und so kam es zu einem quantitativen Sprung im Digitalen. Die Online-Version hat heute 420.000 Leser pro Monat sowie 43.000 Follower auf Facebook und 44.000 auf Instagram.

Als im vergangenen Dezember die Regierung von Javier Milei ihr Amt antrat, hatte dies keinen direkten Einfluss auf die Situation von *El Diario*. Denn unsere Zeitung hatte ohnehin keine Anzeigen der nationalen Regierung erhalten. Ein indirekter Einfluss des Regierungswechsels besteht aber vielleicht darin, dass unsere Leser durch Mileis Reformen abrupt an Kaufkraft verloren haben.

Das zentrale Problem argentinischer Printmedien liegt im Monopol der Herstellung von Zeitungspapier. Es liegt seit der Diktatur von General Jorge Rafael Videla (1976–1983) in den Händen von Papel Prensa. Die Firma gehört der Clarín-Gruppe, die eine nationale Tageszeitung, Provinzzeitungen, Radiosender und TV-Kanäle besitzt. Diese dominante Position nutzt die Gruppe, um den Papierpreis beliebig festzulegen mit dem Effekt, dass sie andere Zeitungen übernahm, wie etwa *La Voz del Interior* in Córdoba oder *Los Andes* in Mendoza.

Die „Freiheit“ von Milei, die der Vater der argentinischen Demokratie Raúl Alfonsín definieren würde als „Freiheit des freien Fuchses im freien Hühnerstall, die freien Hühner zu fressen“, begünstigt Monopole – und damit die Macht des Stärkeren. Das ist der Schaden, den die derzeitige Regierung der freien Presse zufügt. Am 1. Januar wurde die Zeitung *El Independiente* in La Rioja nach 64 Jahren eingestellt. Am 1. März stellte *Ambito Financiero* in Buenos Aires nach 47 Jahren ihr Erscheinen ein.

Weniger Zeitungen bedeuten weniger Stimmen und damit weniger Demokratie.

Der Autor ist Vorsitzender der argentinischen Genossenschaft Comunicar, die „El Diario del Centro del País“ herausgibt, und arbeitet dort auch als Redakteur

Rangliste der Pressefreiheit:
Platz 66

In Griechenland hat die konservative Regierung von Kyriakos Mitsotakis erreicht, dass die Medien ihren Interessen dienen – und zwar durch finanzielle Unterstützung und privilegierten Zugang zu exklusiven Nachrichten und Quellen sowie durch gute Verbindungen zu Medienbesitzern.

Rangliste der Pressefreiheit:
Platz 88

Illustration:
Yorgos Konstantinou



Spionagegesetz, Selbstzensur und Unsicherheit

Warum das liberale Schweden, das für seine traditionell sehr große Meinungsfreiheit bekannt ist, auf der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen taumelt

Aus Kalmar

Andreas Jahrehorn Önerfors

Auf der jährlichen Weltkarte der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen (RSF) 2024 ist Schweden wieder eines der (wenigen) grünen Länder. Aber seit 2022 schwankt das skandinavische Land zwischen den Plätzen 4, 5 und 3. Warum?

Die radikal veränderte Sicherheitslage im Norden Europas hat das historisch neutrale Schweden zur Aufgabe seiner militärischen Bündnisfreiheit gezwungen. Im Jahr 2023 wurde Schweden 32. Mitglied der Nato. Aber schon seit geraumer Zeit drohen weltpolitische Abwägungen, die Pressefreiheit in Schweden einzuschränken. Dazu kommen Selbstzensur aufgrund von Drohungen und Angriffen gegen Journalist:innen, innenpolitische Veränderungen und eine Sicherheitslage, die das Land zum Ziel von Desinformationskampagnen gemacht hat. Im Liberties Media Freedom Report 2024 der Civil Liberties Union for Europe wird die prekäre Situation der Medienfreiheit in Europa auch im Fall Schwedens deutlich hervorgehoben.

Die Vorsitzende der Journalistengewerkschaft Journalistförbundet, Ulrika Hyllert, sagt, dass „eine Reihe neuer Gesetze und Verord-

nungen die Offenheit einschränken und die Arbeit der Journalist:innen erschweren. Hier ist das neue Gesetz zur Auslandsespionage das bemerkenswerteste.“ Im Jahr 2022 änderte das Parlament das Grundrecht auf Pressefreiheit und freie Meinungsäußerung. Mit Zweidrittelmehrheit wurde beschlossen, dass die Verbreitung von Information, die Schwedens Sicherheit und die seiner Alliierten gefährdet, bestraft werden kann. Offiziell wollte man sich so gegen schädliche Verbreitung sensibler Information etwa durch terroristische Organisationen oder Gegner wie Russland absichern. Aber Journalist:innen fürchten, dass die Gesetzesänderungen die Bereitschaft, (anonym) Hinweise zu geben und darüber zu berichten, stark senken werden. Im Jahr 2023 wurde denn auch eine Sendung über die Pentagon-Leaks im öffentlich-rechtlichen Fernsehsender SVT gestoppt.

Die RSF-Statistik verrät auch eine dunklere Seite des schwedischen Taumelns an der Spitze der Rangliste. „Während der letzten Jahre konnten wir beobachten, wie Drohungen und Angriffe auf Journalist:innen zugenommen haben“, sagt Annika Hamrud, die am Fojo-Medieninstitut in Kalmar zu Bedrohungen von Journalist:innen forscht. Die Gründe dafür lägen „teils darin,

dass diese Angriffe in sozialen Medien erfolgen, teils an Themen, die stark emotionalisieren – wie Klima, Gender oder rechte Politik“. Verbale wie körperliche Angriffe kommen aus verschiedenen Lagern, von Bandenkriminellen bis hin zur Polizei, wenn sie Anzeigen von Journalist:innen ignoriert oder sie auf Klimademos festnimmt.

Während der Covidpandemie wurde der internationale Verschwörungsmythos von den lügenden „Mainstream-Medien“ auch in Schweden stark verbreitet. Quer durch das politische Spektrum wurde Journalist:innen vorgeworfen, Schwedens umstrittene Coronastrategie unkritisch zu verteidigen und die „Wahrheit“ zu unterdrücken. Dies führte auch nach der Pandemie zu Kampagnen und Demonstrationen.

Die neue konservative Regierung, die von den rechtspopulistischen Schwedendemokraten unterstützt wird, hat eine ambivalente Haltung zu den öffentlich-rechtlichen Medien. Schwedens traditionell starke Lokalpresse ist auf dem Rückzug, beschleunigt durch den Einbruch im Anzeigenmarkt, sinkende Abzahlen und die Einführung generativer künstlicher Intelligenz in den Medien. Nicht zuletzt befindet sich Schweden in einer neuen Sicher-

heitslage, in der heikle Themen schnell und viral ein globales Publikum finden können.

Im Kampf um strategische narrative Dominanz entpuppt sich Desinformation als hybride Bedrohung. So wurde seit 2021 in Schweden mehrmals öffentlich der Koran verbrannt. Und Sozialdienste wurden beschuldigt, Kinder aus muslimischen Familien zu entführen und zu verkaufen.

Die Koranverbrennungen machten in der islamischen Welt Schlagzeilen, mobilisierten Hass in sozialen Medien und führten zu Angriffen auf schwedische diplomatische Vertretungen. Die Kampagne gegen Sozialdienste wurde auch von Medien wie Al Jazeera unterstützt. Arabische Medien in Schweden wie Alkompis, die mit Fakten konterten, oder die preisgekrönte Journalistin Inas Hamdan, die internationale Verflechtungen der Kampagne aufdeckte, wurden aggressiv infrage gestellt. „Offenheit und Medienfreiheit sind immer noch gut, aber die Entwicklung geht in die falsche Richtung“, sagt Gewerkschafterin Hyllert.

Der Autor leitet das Factchecking-Projekt am Fojo-Medieninstitut der Linné-Universität im südschwedischen Kalmar

Rangliste der Pressefreiheit:
Platz 3

In Belarus ist es schon gefährlich, Beiträge freier Medien überhaupt nur zu lesen

Der kleine Staat im Herzen Europas ist nicht erst seit den gefälschten Wahlen von 2020 eine lupenreine Diktatur, in der es keine unabhängigen Medien mehr gibt

Von **Gaby Coldewey**

Auf der Weltkarte der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen ist Belarus dunkelrot. Das heißt: „sehr ernste Lage“. Der kleine Staat im Herzen Europas ist nicht erst seit den gefälschten Präsidentschaftswahlen vom August 2020 eine Diktatur. Anfang 2024 gab es rund 1.400 politische Gefangene im Land, die Dunkelziffer könnte dreimal so hoch sein. Laut der Konrad-Adenauer-Stiftung kamen Mitte 2003 auf eine Million Einwohner in Belarus 167 politische Gefangene, in Russland sind es 3,9. Unter den politischen Gefangenen in Belarus sind über 30 Me-

dienschaffende. Die Lage für Journalist*innen unabhängiger Medien ist dort schon lange gefährlich.

Nach den „Wahlen“ und den folgenden Massenprotesten versuchte Diktator Alexander Lukaschenko kritische Berichterstattung komplett zu unterdrücken. Viele Journalist*innen wurden verhaftet, Dutzende Medien als extremistisch eingestuft und gesperrt. Alle ausländischen Korrespondent*innen verloren ihre Akkreditierungen. Printmedien und TV-Sender sind jetzt fest in staatlicher Hand. Für Medienschaffende hat das gravierende Folgen. Allein 2023 wurden drei Journalist:innen zu langen Haftstrafen verurteilt.

Zwei von ihnen hatten früher bei dem populären Internetportal tut.by gearbeitet. Im Mai 2021 wurde es gesperrt, offiziell wegen „Verstoßes gegen das Massenmediengesetz“ und „Steuerhinterziehung“. Mindestens 13 tut.by-Journalist*innen wurden festgenommen. Die meisten kamen nach Schulbekenntnissen und Geldstrafen wieder frei, einige flohen ins Ausland. Chefredakteurin Maryna Zoloteva und Geschäftsführerin Ljudmila Tschekina verweigerten Schuldeingeständnisse und wurden im März 2023 nach zwei Jahren U-Haft zu je zwölf Jahren in einer Strafkolonie verurteilt. Die Herausgeberin des „Belarussischen Jahr-

buchs“, Valerija Kascjugova, wurde zu zehn Jahren Haft verurteilt.

Der häufige Vorwurf für Strafverfahren ist „Gründung, Führung und Beteiligung an extremistischen Gruppen“. Auch Telegram-Kanäle werden immer häufiger als „extremistisch“ eingestuft. Es ist schon gefährlich, Beiträge freier Medien überhaupt zu lesen. Die meisten belarussischen Medienschaffenden haben das Land verlassen. Laut dem unabhängigen belarussischen Journalistenverband flohen fast 400 ins Ausland. Von dort berichten sie weiter über ihre Heimat, in die sie nicht zurückkönnen. So gibt es in Polen mit Nexta den größten russischsprachigen

Telegram-Kanal zur politischen Situation in Belarus, der auch auf YouTube, Twitter und anderen Social-Media-Kanälen aktiv ist. Aus Polen sendet auch Belsat, ein von der polnischen Regierung und dem polnischen Fernsehen betriebener TV-Sender, der vor allem mit belarussischen Journalist*innen arbeitet. Belsat gilt in Belarus als „extremistische Organisation“. Wer dem Sender ein Interview gibt, kann zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt werden.

Die Autorin ist Osteuropaexpertin in der taz-Auslandsredaktion.

Rangliste der Pressefreiheit:
Platz 167



Die Journalistin Maria Teresa Montaño Delgado schaut sich im Mai 2022 einen Artikel in ihrem Computer an Foto: Ginnette Riquelme/Guardian/eyevine/laif

In Mexiko vernichteten die Entführer der Investigativjournalistin Teresa Montaño gezielt deren Rechercheergebnisse. Sie überlebte und begann mit ihrer später preisgekrönten Arbeit von vorn

Interview **Sandra Rosas**

taz Panter Stiftung: Was sind die Themen Ihrer journalistischen Arbeit, Frau Montaño?

Teresa Montaño: Ich habe mich auf Korruption und Frauenmorde im Bundesstaat Mexiko spezialisiert. Die Edomex genannte Region um Mexikos Hauptstadt ist das Zentrum der Femizide im Land. Auch schreibe ich über Menschenrechtsthemen. In Edomex werden absichtlich „Schuldige“ fabriziert, um den Anschein zu erwecken, es gebe Erfolge im Kampf gegen die Unsicherheit.

Was war Ziel Ihrer Recherchen?

Wie jeder ehrliche Journalist suchte ich die Wahrheit. Als ich begann, wusste ich nicht, was herauskommen würde. Es gibt Dinge, die entdeckt man erst bei der Recherche, etwa weil einem etwas verdächtig erscheint. Als ich die Adresse einer ersten Vertragsfirma der Regierung aufsuchte, merkte ich, dass die Firma gar nicht existiert. Die Partei der Institutionellen Revolution (PRI) regiert den Bundesstaat Mexiko seit Jahrzehnten und hatte eigene Scheinfirmen gegründet.

Bei Ihrer Entführung wurden Ihre Rechercheergebnisse gestohlen. Was hatten Sie herausgefunden?

Mir war seltsam vorgekommen, dass die Regierung des Bundesstaates Mexiko Produkte und Dienstleistungen, die auch im eigenen Bundesstaat erhältlich sind, weit entfernt einkaufte. Das Tal von Mexiko und Mexiko-Stadt sind ein großes Wirtschaftszentrum, wo doch andere Bundesstaaten einkaufen und nicht wir bei ihnen. Ende Dezember 2020 stieß ich auf die ersten Käufe: Seltsame Dinge wie Make-up, Nagellack, Lippenstifte, welche die Edomex-Regierung im nordmexikanischen Monterrey kaufen wollte. Einer der ersten merkwürdigen Käufe, deren Verträge ich einsehen konnte, waren du-

biose Beratungsleistungen, die Firmen im Bundesstaat Veracruz betrafen. Zum Zeitpunkt meiner Entführung war mir noch nicht klar, was Scheinfirmen sind. Als ich im Januar 2022 wieder nach Mexiko zurückkehrte, prüfte ich als Erstes, ob diese Firmen überhaupt existieren. Zu meiner Überraschung habe ich sie unter ihrer genannten Adresse nicht gefunden. Ich fand nur baufällige Gebäude. Dabei wurden dort angeblich für Milliarden Peso rückkehrte, prüfte ich als Erstes, ob diese Firmen überhaupt existieren. Zu meiner Überraschung habe ich sie unter ihrer genannten Adresse nicht gefunden. Ich fand nur baufällige Gebäude. Dabei wurden dort angeblich für Milliarden Peso

Was passierte nach der Entführung?

Bei der Entführung wurde mein Recherche- und Arbeitsmaterial gestohlen. Ich war sehr geschockt und konnte zunächst nur an mein Überleben denken. Ich hatte zuvor schon eine Zusage von Reporter ohne Grenzen gehabt, Mexiko mit einem Stipendium zu verlassen, weil ich Gewalt und Drohungen ausgesetzt war. Staatliche Agenten hatten mich bespitzelt und folgten mir überall hin. Als ich das merkte, bekam ich richtig Angst. Ich war gerade bei der Zeitung *Heraldo de México* entlassen worden, weil ich immer weiter recherchierte. Ich forderte Auskünfte von der Regierung. Die Regierung des Bundesstaates Mexiko beschwerte sich bei meiner Zeitung und dort fragten sie mich, was ich da eigentlich mache. Mir wurde verboten, weitere Nachforschungen anzustellen! Doch ich fand Mittel und Wege, um weiter Fragen zu stellen. Ich war der Ansicht, dass es mein Recht war. Ich wurde wegen meiner Recherchen entführt. Nach dem Diebstahl meiner Ermittlungen verging zu nächst viel Zeit. Ich war lange in Spanien und nahm langsam den Faden wieder auf. Mit den wenigen Informationen, an die ich mich erinnern konnte, fing ich von vorn an. Ich hatte fast nichts mitnehmen können. Meine Aus-

rüstung, Notizbücher und Dokumente waren ja gestohlen worden. Ich habe ein schlechtes Gedächtnis und musste immer alles aufschreiben.

Wohin soll man gehen, wenn das eigene Land einen zum Schweigen bringen will?

Man kann nirgendwo hingehen, ich ziehe ständig von Ort zu Ort. Meine Entführung wurde nie aufgeklärt, es wurde nie jemand festgenommen. Die Entführer haben mir selbst gesagt, dass sie mit der Staatsanwaltschaft zusammenarbeiten. Ich glaube das, denn es gab kein Interesse, den Fall aufzuklären. Die Entführer bedrohten mich mit dem Tod, ich sollte absolut sicher sein, dass sie mich holen würden. Deshalb ziehe ich ständig um. Man kann leider nirgendwo hingehen.

Wie ist es Ihnen gelungen, aus dieser Gewalt herauszukommen?

Nach meiner Entführung dauerte es etwa zwei Wochen, bis ich wieder Kontakt mit Reporter ohne Grenzen aufnehmen konnte. Denn mit meinem Telefon waren ja auch meine Kontaktnummern gestohlen worden! Das mir von Reporter ohne Grenzen angebotene Stipendium ist eine Art Asyl, um sicher und vorübergehend auszureisen. Praktisch alle Journalisten, denen Reporter ohne Grenzen hilft, sind quasi Asylbewerber. Ich war drei Monate weg, und jetzt bin ich mithilfe von Protect Defenders zurück. Reporter ohne Grenzen hat mir gut geholfen. Sie haben mir eine Therapie angeboten. Ich war in Spanien noch unter Schock stehend angekommen. Es war sehr schwer für mich, zu funktionieren. Ich hatte Mexiko fluchtartig verlassen und meine zwei Kinder zurücklassen müssen. Es war sehr schmerzhaft. Ich habe ständig geweint, nichts verstanden und war auch noch arbeitslos. Da unterstützte mich die Zeitschrift *Proceso*. Sie haben Artikel von mir veröffentlicht und waren sehr nett. Ich

hatte großes Glück, die Entführung zu überleben, aber die Auswirkungen auf mein Leben waren schrecklich. Ich musste Mexiko verlassen, obwohl ich nichts Falsches getan hatte. Ich weiß nicht, was aus mir ohne diese Unterstützung geworden wäre. Die Drohung dieser Typen, mich zu töten, wäre wohl schneller wahr geworden, als ich denken konnte.

Sie wurden mit internationalen Preisen ausgezeichnet. Was bedeuten diese für Sie und Ihre journalistische Arbeit?

Ich habe im November 2023 den Preis der Pressefreiheit vom Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) bekommen. Zuvor wurde mir der Preis für Courage im Journalismus verliehen. Beides hat große Bedeutung für mich, weil ich in Mexiko immer gegen die Unsichtbarmachung meiner Arbeit gekämpft habe. Es war für mich ein Kampf gegen das System. Die Auszeichnungen rechtfertigen meine journalistische Arbeit und meinen jahrelangen Kampf. Nach und nach wurde ich hier im Bundesstaat Mexiko zu einer seltenen Erscheinung, zu einer der wenigen Journalisten, die versuchen, Korruption sichtbar zu machen. Die Auszeichnungen sind für mich wie die Erfüllung eines Traums, dass jemand meine Arbeit wertschätzt. Es bestätigt meine Arbeit und die anderer Frauen in Mexiko, die investigative Projekte vorantreiben, wie den von mir geleiteten *The Observer*. Es ist das einzige lokale Medium, in dem wir in der Lage sind, unabhängig Fakten zu überprüfen und investigativ zu arbeiten. Ich habe um internationale Unterstützung geworben und das Medium hat mit harter Arbeit und mit viel Leidenschaft überlebt.

Wie ist es, unter ständiger Bedrohung zu arbeiten?

Das bedeutet, in Angst zu leben. In Mexiko werden Opfer, die überlebt haben, wie auch die Getöteten, stigmatisiert und verleumdet. Und als Jour-

nalistin, die eine so schreckliche Gewalttat wie eine Entführung erlebt hat, kann man sich dem nicht entziehen. Viele Kollegen reden nicht mehr mit mir. Das ist ein weiterer Punkt, der dich belastet und dich einsam macht. In Mexiko werden die Opfer erneut zu Opfern, „weil sie es verdient haben“, „weil sie nicht vorbereitet waren“, „weil sie Teil des organisierten Verbrechens sind“ ... So werden Opfer beschuldigt und stigmatisiert. Das habe ich auch erlebt. Damit zu leben ist schwer. Sie isolieren dich, sie schauen auf dich herab. Deshalb waren die beiden Auszeichnungen als eine Art Kampf gegen diese Stigmata wichtig, als andere mit der Korruption der Medien mitmachten und ich immer gegen diesen

Teresa Montaño

berichtet als mexikanische Journalistin seit mehr als 30 Jahren über Korruption im Bundesstaat Mexiko (Edomex). Nach ihrer Entlassung beim *Heraldo de México* gründete sie im Februar 2020 das Investigativportal *The Observer*. Im August 2021 wurde sie entführt.

Strom geschwommen bin. Das war das Schwierigste, gegen ein korruptes System anzuschwimmen, das darauf zielt, Journalisten zu korrumpieren.

Sie haben in einem Interview gesagt, Sie seien „der einzige lebende Journalist“. Wie fühlt sich das an?

Fast alle Journalisten, die in Mexiko Gewalt erlitten haben, überleben nicht. Ich hatte großes Glück. Als ich entführt wurde, wusste ich, dass man mich jeden Moment verschwinden lassen könnte, aber die Entführer taten es nicht. Die Entführung hatte schon Stunden gedauert. Der Chef der Entführer war müde und es war schon spät in der Nacht. Wäre es nicht so gewesen, weiß ich nicht, was mit mir passiert wäre. Ich glaube, man hätte mich verschwinden lassen ...

Wie ist Ihre jetzige Situation?

Ich bin immer noch bedroht. Die einzige Unterstützung, die ich noch habe, ist der Föderale Unterstützungsmechanismus für Journalisten. Ich lebe fast die ganze Zeit unter Schutz. Wenn ich ausgehen muss, habe ich Begleiter, die der Mechanismus zur Verfügung stellt. Ich gebe Bescheid und sie begleiten mich.

Wie leben Sie als Frau und Journalistin diese beiden Rollen in einem Land, das Frauen und Journalisten gegenüber so feindlich ist?

Ich lebe mit Angst, aber auch mit Würde. Ich lebe in einem Land, in dem Journalisten bedroht und korrumpiert werden. Das ist die Wahrheit. Ich habe Mitleid mit ihnen. Einmal versuchte eine Abgeordnete der regierenden Partei Morena, mich zu bestechen. Ich habe ihr gesagt, sie denke wohl, alle Journalisten hätten einen Preis, aber sie irre sich.

Die Interviewerin ist eine mexikanische Autorin und lebt seit 2014 in Berlin

Rangliste der Pressefreiheit: Platz 121

IN MANCHEN LÄNDERN WERDEN SIE SCHON FÜR DAS HOCHHALTEN DIESES BLATT PAPIERS FESTGENOMMEN.

Unterstützen Sie Pressefreiheit weltweit: reporter-ohne-grenzen.de/spenden

RSF JAHRE 30 REPORTER OHNE GRENZEN

Pressefreiheit als Fassade

Das westafrikanische Ghana hat fortschrittliche Mediengesetze, aber die Lage der Journalist:innen im Land hat sich verschlechtert – auch durch die Ausbreitung von Fake News in den sozialen Medien. Regierungen der Region reagieren darauf mit repressiven Gesetzen

Aus Tamale **Murtala Issah**

Im von autoritären Regimen geprägten Westafrika gilt Ghana als Leuchtturm der Demokratie. In der Verfassung von 1992 werden die Freiheit und Unabhängigkeit der Medien garantiert, Zensur verboten und Lizenzen als Voraussetzung für den Betrieb von Massenmedien abgeschafft. Seither hat Ghana eine Liberalisierung der Medien erlebt. Es gibt heute mehr als 500 kommerzielle Radio- und über 100 TV-Sender. Im Jahr 2001 wurde unter Präsident John Agyekum Kufuor ein Gesetz abgeschafft, durch das Verleumdungen strafrechtlich verfolgt wurden, was der Pressefreiheit einen weiteren Schub gab. Darauf stufte Reporter ohne Grenzen (RSF) das Land 2018 in der Rangliste

der Pressefreiheit auf Platz 1 in Afrika ein und weltweit auf Platz 23, noch vor den USA und Großbritannien.

Doch seitdem hat sich die Lage kontinuierlich verschlechtert. Journalist:innen fürchten laut Ghana Journalists Association (GJA) mittlerweile um ihre Sicherheit und Freiheit. Verantwortlich dafür machen zivilgesellschaftliche Organisationen auch Präsident Akufo Addo, in dessen Amtszeit Ghana auf Platz 50 der RSF-Rangliste abgerutscht ist.

Die Liste der Probleme der Journalisten ist heute lang: Manche werden körperlich attackiert, andere von der Polizei behindert und inhaftiert. Oder sie erhalten ominöse Warnungen per WhatsApp und Facebook, nur weil sie ihren Beruf ausüben. Laut Emmanuel

Dogbevi vom digitalen Investigativ-Medium Ghana Business News ist die Pressefreiheit in Ghana „nur noch eine Fassade“. Denn die ghanaischen Politiker seien „zunehmend korrupt und korrupte Politiker mögen keinen kritischen Journalismus“.

Neben körperlichen Übergriffen, Drohungen, Einschüchterungen und Inhaftierungen sind die Medien in Ghana mit wachsender Desinformation konfrontiert. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass rund 70 Prozent der Ghanaer:innen Zugang zu den sozialen Medien haben. Diese haben die Bürger:innen zwar in die Lage versetzt, sich zu wichtigen Themen selbst öffentlich zu äußern. Doch zeigen Studien, dass die sozialen Medien in Ghana auch Plattformen zur Verbreitung von Fehl-

und Desinformationen sind. So ist eine Zunahme von Fake News und bösartigen Gerüchten zu beobachten.

Die sozialen Medien beschleunigen die Verbreitung von Desinformationen, was eine Herausforderung für den Journalismus ist. Laut dem Medienwissenschaftler Eliasu Mumuni von der University for Development Studies in Tamale „untergraben Desinformationskampagnen das öffentliche Vertrauen in den Journalismus, was zur Erosion der Glaubwürdigkeit der Presse führt und ihre Fähigkeit schwächt, die Mächtigen zur Rechenschaft zu ziehen“.

Besonders in konfliktträchtigen Gebieten im Norden Ghanas werden Fake News zur Eskalation von Konflikten genutzt. In Nachbarländern wie Mali, Niger, Burkina Faso und Guinea-Bissau

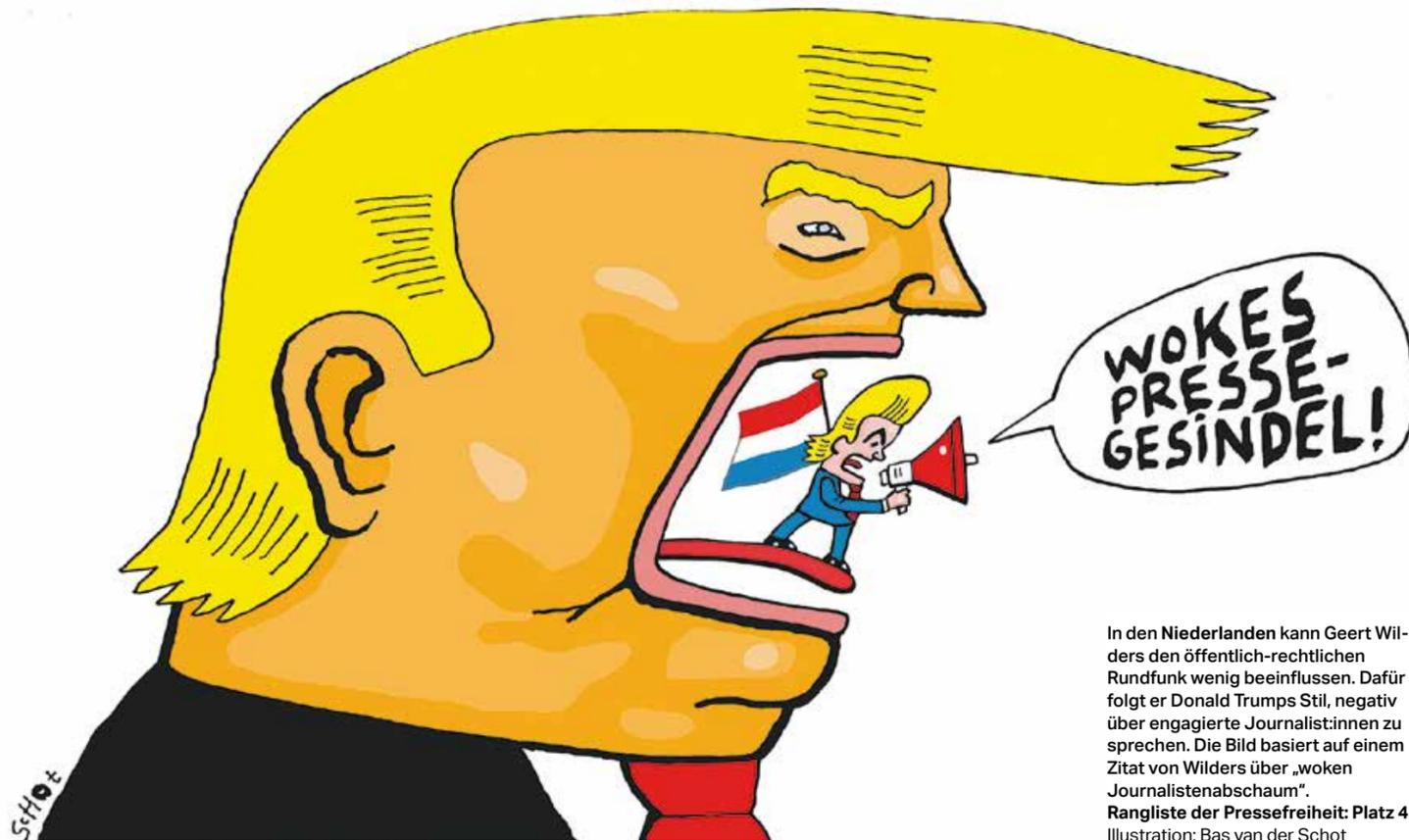
waren sie der Schlüssel zum Sturz von Regierungen. Das stärkt Befürchtungen, dass Desinformation bei Ghanas Parlamentswahlen im Dezember entscheidend Einfluss nehmen könnte.

Westafrikanische Regierungen haben mit repressiven Gesetzen reagiert, die nach Ansicht von NGOs wie der Media Foundation for West Africa (MFWA) und Berufsverbänden wie der GJA und der Private Newspapers and Online News Publishers Association of Ghana (Prinpag) dazu Kritiker:innen mundtot machen sollen. Laut dem MFWA-Factchecker Kwaku Krobea Asante sind derzeit in Westafrika mehrere Journalist:innen aufgrund von Cybergesetzen und solchen zur Bekämpfung von Desinformation inhaftiert. Diese Gesetze seien zu den „wichtigsten Instrumenten von Regierungen“ geworden, „um kritische Journalisten zum Schweigen zu bringen“. Das verhindere einen „verantwortungsvollen Journalismus“. Die Ausbreitung von Fake News belastet Medienhäuser auch finanziell, da sie zu deren Bekämpfung Ressorts fürs Fact-Checking einrichten müssen, wofür auch Schulungen nötig seien.

Soziale Medien haben auch zur Gründung neuer Medien geführt, in Ghana etwa zum YouTube-Kanal TV Zionfeli oder einer Vlogger-Figur wie Wode Maya, der bei YouTube über 1,5 Millionen Follower hat. Jetzt richten auch etablierte Medien eigene Social-Media-Auftritte ein und suchen Werbekunden für den Cyberspace.

Um ihre Reichweite zu erhöhen, setzen auch zivilgesellschaftliche Organisationen zunehmend auf soziale Medien. Laut Stephen Agbenyo, Geschäftsführer von Savannah Signatures, hat seine NGO in der Öffentlichkeitsarbeit bisher auf traditionelle Medien gesetzt. Jetzt ändere sich das. „Wir haben das meiste in die sozialen Medien verlagert, weil wir dort eine viel größere Wirkung erzielen können.“

Der Autor ist Korrespondent der Ghana Broadcasting Corporation (GBC) für Nordghana und Teilnehmer des Afrika-Workshops 2023/24 der taz Panter Stiftung
Rangliste der Pressefreiheit: Platz 50



In den Niederlanden kann Geert Wilders den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wenig beeinflussen. Dafür folgt er Donald Trumps Stil, negativ über engagierte Journalist:innen zu sprechen. Die Bild basiert auf einem Zitat von Wilders über „woken Journalistenabschaum“.
Rangliste der Pressefreiheit: Platz 4
Illustration: Bas van der Schot

Kampf gegen Hanois Zensur in Berlin

Das vietnamesische Exilmedium Thoibao erhofft sich vom Digitalen-Dienste-Gesetz eine Stärkung seiner Rechte gegenüber Facebook & Co

Von **Alexandra Wagner**

„Facebook (FB) hat stets nur langsam reagiert, wenn ich die Zensur unserer Beiträge angesprochen habe. Längst reagiert FB gar nicht mehr“, sagt Trung Khoa Lê, Chefredakteur des vietnamesisch-deutschen Webportals thoibao.de in Berlin. „Beschwerden sind nutzlos geworden. YouTube informiert mich immerhin noch, wenn sie auf Druck der Regierung Vietnams einen Beitrag von uns zensurieren.“

Lê kämpft seit Jahren gegen die Zensur des Regimes, die ihn im fernen Berlin trifft. Thoibaos Berichte und Videos stoßen in Vietnam, wo die Regierung die Medien kontrolliert, auf großes In-

teresse. Zunächst publizierte Thoibao vor allem per Webseite. Doch wurde diese immer wieder von Vietnam aus mit sogenannten DDoS-Angriffen lahmgelegt, weshalb FB und YouTube wichtiger wurden. In Vietnam ist FB Hauptnachrichtenquelle. 75 Prozent der 100 Millionen Vietnamesen nutzen es, was auch an der geringen Glaubwürdigkeit zensurierter offizieller Medien liegt. Ein Vorteil für Thoibao: FB platziert dort automatisch Werbung. Bei früher 20 Millionen monatlichen Zugriffen auf allen Kanälen kamen pro Monat allein 10.000 Euro von FB.

Doch stören Hanoi Thoibaos kritische FB-Beiträge, weshalb das Regime Druck auf FB und seinen Mutterkon-

zern Meta macht. Weigern sie sich, dürften sie in Vietnam nur noch mit dort platzierten Servern arbeiten, was der Zensur direkten Zugriff ermöglichen würde, soll Hanoi Drohung sein. Ab 2017 gab FB immer mehr nach. Laut *Washington Post* ist Vietnam sein siebtgrößter Markt. Die FB-Whistleblowerin Frances Haugen sagte 2021 dem US-Senat, Meta-Chef Mark Zuckerberg persönlich habe angewiesen, Hanoi nachzugeben. Denn ein zensuriertes FB sei für die Meinungsfreiheit in Vietnam besser als keins. Dem stimmt Lê zu: „In China ist es ohne FB schlimmer.“

Auch Thoibaos FB-Seiten wurden immer wieder gehackt, mutmaßlich von Vietnams auf 10.000 Personen ge-

schätzte Cyberarmee, die dem Ministerium für öffentliche Sicherheit untersteht. Oder Unbekannte meldeten FB-Seiten auf Lês Namen an, die massiv Community-Standards verletzen. Auch Lês Tod wurde vermeldet. Stets sperrte FB Thoibaos Seiten. Es dauerte Wochen, bis FB sie wieder zugänglich machte. Einnahmen hatte Thoibao in der Zeit nicht.

„Unsere Aufrufe bei FB gingen inzwischen um 70 Prozent zurück“, sagt Lê. Seit einem halben Jahr schützt eine neue Software Thoibaos Webseite wirkungsvoll vor Angriffen. Die gesamten Zugriffszahlen stiegen auf 45 Millionen im Monat, FB wurde unwichtiger. „Ich hoffe, das neue Digitale-Dienste-Gesetz

zwingt FB, unsere Rechte künftig stärker zu schützen und unsere Beschwerden nicht mehr zu ignorieren.“

Helene Hahn, Digitalexpertin von Reporter ohne Grenzen, ist optimistisch. Das deutsche Digitale-Dienste-Gesetz und der Digital Services Act der EU stärken Beschwerdemechanismen von Nutzern und Journalisten gegenüber den Konzernen. Diese müssten ihre systemischen Risiken verringern: „FB muss sich mehr nach den Menschenrechten richten und nicht nur nach Vorgaben lokaler Regierungen.“

Journalistin in Berlin
Rangliste der Pressefreiheit: Platz 174

impressum

Konzept und Redaktion:

Sven Hansen und Gemma Terés Arilla

Fotoredaktion:

Christian Jungeblodt

Übersetzungen:

Sven Hansen und Ole Schulz

Layout:

Nadine Fischer

Korrektur:

Rosemarie Nünning

Die Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

taz panterstiftung



WE CARE

Das Refugium Auszeit-Stipendium.

Verfolgte Journalist*innen aus Ägypten und Iran werden in diesem Jahr 2024 zu Gast in Berlin sein und eine dringend benötigte Auszeit nehmen.

Das Refugium Auszeit-Stipendium ist ein gemeinsames Projekt von Reporter ohne Grenzen und der taz Panter Stiftung.

RF 30
JAHRE
REPORTER
OHNE
GRENZEN



Spenden unter:
www.taz.de/spenden

oder
GLS-Bank Bochum
BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE97 4306 0967 1103 7159 00